2021/47 Interview

https://jungle.world/artikel/2021/47/das-system-hat-risse-bekommen

Ein Gespräch mit Michel Matos über die Repression gegen Oppositionelle in Kuba

»Das System hat Risse bekommen«

Interview von **Knut Henkel**

Hausarrest statt Demo. Der kubanische Dokumentarfilmer Michel Matos spricht über die jüngst verhinderten Proteste und die Repression gegen Oppositionelle in Kuba.

Bereits vom 11. bis 17. Juli gab es große soziale Proteste in Kuba. Sie richteten sich unter anderem gegen die schlechte Versorgungslage und die mangelnde Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Für den 15. November hatte die oppositionelle Gruppe Archipiélago in sozialen Medien zu Protesten und einem »Marsch für den friedlichen Wandel« aufgerufen, die allerdings von der Polizei verhindert wurden. Am Freitag vergangener Woche wurde der Song »Patria y Vida« (Vaterland und Leben) von der in Miami ansässigen Latin Recording Academy mit dem renommierten Kulturpreis Latin Grammy ausgezeichnet. Welche Bedeutung hatte das wenige Tage nach der Verhinderung der Proteste?

»Patria y Vida« ist die Hymne der Regierungskritiker in Kuba. Dass so ein hochpolitisches Stück prämiert wird, ist bedeutsam und für alle, die einen Wandel in Kuba wollen, eine gute Nachricht. Aber einer der Sänger dieses Songs, Maykel »Osorbo« Castillo, sitzt krank im Gefängnis und ein anderer, der in dem Musikvideo auftaucht, Luís Manuel Otero Alcántara, ist ebenfalls inhaftiert. Beide gehören zum Movimiento San Isidro, setzen sich also gegen staatliche Repression und Zensur ein und werden dafür kriminalisiert. Das sorgt für einen bitteren Beigeschmack.

Sie haben das Movimiento San Isidro mitbegründet. Gehörten dessen Mitglieder auch zu den Personen, die unter Hausarrest gestellt oder inhaftiert wurden, um sie daran zu hindern, am 15. November am »Marsch für den friedlichen Wandel« in Kuba teilzunehmen?

Ja, genau. Schon Tage vorher tauchten Polizeibeamte auf, die den Mitgliedern das Verlassen der eigenen Wohnung verboten. Das ging nahezu allen bekannten Aktivisten der Zivilgesellschaft so. Das ist pervers, denn die Leute waren auf den guten Willen der Beamten angewiesen, um Nahrungsmittel einzukaufen, beziehungsweise auf Hilfe von Nachbarn.

Allem Anschein nach hatte sich die Regierung gut auf den 15. November vorbereitet.

Ja, die Proteste entstanden eben nicht spontan wie am 11. Juli, als Tausende auf die Straße gingen, sondern waren vorbereitet worden, koordiniert und zielgerichtet. Die Behörden konnten

sich also ebenfalls vorbereiten, sie konnten Organisatoren und Aktivistinnen einschüchtern, festsetzen und festhalten. Sie waren also vorab aktiv, bei den Protesten im Juli folgte die -Repression später. Damals nahmen sie den Rapper Maykel Castillo, den Künstler Otero Alcántara und viele andere fest. Darunter sind mehrere Minderjährige, 14, 15 Jahre alt, die seit dem 11. Juli inhaftiert sind. Oft nur, weil sie ein Bild oder Video der Proteste auf Facebook veröffentlicht haben. Doch ihre Verhaftung widerspricht den kubanischen Gesetzen, denn erst ab 16 Jahren ist man strafmündig. Deshalb hat Unicef gerade offiziell um Informationen gebeten, ob es Minderjährige in Haftanstalten gibt.

Gehört es auch zur repressiven Strategie der Regierung, Oppositionelle ins Exil zu drängen?

Ja, das scheint Teil der Strategie zu sein. Ein Fall ist der Künstler Hamlet Lavastida, zuvor hat es mehrere Mitglieder des Movimiento San Isidro getroffen und nun sind Yunior García Aguilera und seine Frau Dayana Prieto im Exil, die im August das oppositionelle Diskussionsforum Archipiélago auf Facebook gegründet hatten, das zum »Marsch für den friedlichen Wandel« aufgerufen hatte. Sie verließen Kuba bereits am 16. November in Richtung Spanien, das ging sehr schnell. Auch in diesem Fall könnten sie dazu gedrängt worden sein, Gefängnis oder Exil hießen vielleicht die Optionen. Die Ausreise der beiden ist ein harter Schlag für die Zivilgesellschaft, denn da wächst ja nichts über Nacht nach.

Eine Demonstration zu organisieren, sie anzumelden und das Demonstrationsrecht in Kuba einzufordern, ist bereits etwas Neues. Hat die Zivilgesellschaft da Fortschritte erzielt?

Ja, das ist ein wichtiger Schritt, der eben auch international wahrgenommen wurde. Das ist eine wichtige Neuerung und hat viel damit zu tun, dass seit 2018 viele in Kuba Internetzugang haben. Eine friedliche Demonstration in Kuba, die die Regierung kritisiert, war für viele Menschen schlicht undenkbar, vor allem für Menschen, die sich zur Linken zählen. Es wird immer mehr Menschen in Kuba klar, dass sie Grundrechte einfordern können. Genau das hat Yunior nach seiner Ausreise aus Kuba klargemacht: Es fehlt in Kuba an Grundrechten, die die Linke in Spanien, in Italien oder Deutschland besitzt. Er hat klargemacht, dass es in diesen Gesellschaften das Recht auf Protest, auf eigene Meinung, auf Demonstrationen gibt – in Kuba, dem vermeintlichen linken Paradies, aber eben nicht.

Der »Marsch für den friedlichen Wandel« wurde verboten und durch ein immenses Polizeiaufgebot verhindert, nur vereinzelt gingen Protestierende auf die Straße. War das ein Erfolg für die kubanische Regierung oder ein »Sieg des Terrors«, der nicht lange halten wird, wie Yunior García Aguilera meinte?

Dieser vermeintliche Erfolg der Regierung zeigt, wie fragil das kubanische System ist – es wird nicht mehr argumentiert, für eine Mehrheit geworben, es wird auf Macht gebaut, auf Repression. Ein Indiz dafür ist auch die Tatsache, dass die Regierung in den Stadtteilen Havannas, in denen die Oppositionellen wohnen, nicht mehr Menschen gefunden hatte, die gegen diese auf die Straße gehen (Unterstützer der Regierung blockierten Hauseingänge oder riefen Parolen vor den Wohnungen von Oppositionellen, Anm. d. Red.). Dass die sogenannten Schnellreaktionsbrigaden (brigadas de respuesta rápida, eine Art von paramilitärischen Gruppen, Anm. d. Red.) heran-gekarrt werden mussten, zeigt, dass das System Risse bekommen hat.

Welche Relevanz hat ein Diskussionsforum auf Facebook wie Archipiélago, das erst Anfang August entstanden ist, aber mehr als 38 000 Mitglieder hat?

Das ist ein Symbol für den Willen zum Wandel, es zeigt, dass es eine Generation gibt, die offen für ein anderes Kuba eintritt. Die Diskussion, die es dort nach der Ausreise von Yunior und seiner Frau gibt, zeigt auch, dass es weitergehen wird. Das ist ein gesunder Prozess. Die Gruppe, die Plattform hat viel Potential. Etliche Menschen waren überrascht, das Yunior quasi über Nacht gegangen ist, aber es ist sein gutes Recht. Er hätte nach den vergangenen Wochen nicht mehr in Kuba leben können – er war eine persona non grata. Auf der anderen Seite ist klar, dass Yunior nicht allein mit spanischer Hilfe ausreisen konnte; ohne Zustimmung der Sicherheitsbehörden hätte er seine Wohnung kaum verlassen können, geschweige denn das Land. Sie haben grünes Licht gegeben – mit welchen Absprachen auch immer.

Drohen noch mehr Gänge ins Exil – so wie im Fall von Hamlet Lavastida, der Ende September ausreisen musste?

Nein, nicht unbedingt. Luís Manuel Otero Alcántara hatte man auch Haftentlassung und Ausreise angeboten, wenn er nicht nach Kuba zurückkommen würde, aber er hat abgelehnt. Das bedeutet weiterhin Haft. Er würde höchstens für ein paar Monate Kuba verlassen, aber nicht ohne die Option zurückzukehren.

Kann Yunior García Aguilera von Spanien aus mehr bewegen als auf Kuba?

Schwer zu sagen. Die ersten Pressekonferenzen sind hervorragend, er räumt bei diesen Gelegenheiten mit einigen Klischees auf. Grundsätzlich denke ich trotzdem, dass die Zukunft der Insel auf der Insel entschieden wird – ich weiß nicht wie, ob es zu Blutvergießen kommt, ich glaube aber, dass die Weichen dort und nicht von außerhalb gestellt werden.

Die Einladung García Aguileras in spanische Ministerien und die Hilfe bei der Ausreise deuten darauf hin, dass Spanien sich in der Kuba-Politik neu orientiert – ist dem so?

Ich denke ja. Spanien hat Grundrechte verteidigt, für die Yunior eintritt: das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Versammlungs- und Demonstrationsrecht. Das wird in Kuba definitiv zur Kenntnis genommen werden.

Michel Matos *ist Dokumentarfilmer und Mitgründer des* ***Movimiento San Isidro (MSI****). Die Bewegung hat sich 2018 gegründet, um gegen die* ***Gängelung*** *des* ***Kunstbetriebs in Kuba durch das Gesetz 349*** *zu protestieren, das die Kunstfreiheit enorm einschränkt. Der 40jährige gehört auch der* ***Künstlergruppe 27N*** *an. Das Kürzel bezieht sich auf eine Protestaktion gegen Bevormundung von Künstlern und Polizeirepression vom 27. November 2020 vor dem Kulturministerium. Wegen seines politischen Engagements wurde Matos bereits des Öfteren unter Hausarrest gestellt und am Internetzugang gehindert. Derzeit ist er zu einem Familienbesuch in Italien.*

© Jungle World Verlags GmbH